

## **Unverhältnismässige Abschiebehaft beenden – Abschiebungen nach Afghanistan stoppen!**

Für den 03. Juli 2018 ist die nächste Sammelabschiebung nach Kabul/Afghanistan geplant. Fast zwei Wochen vor diesem Termin wurden die ersten afghanischen Geflüchteten auf Anweisung der Regierung von Oberbayern in Abschiebehaft genommen. Der Migrationsbeirat München hält diese Maßnahmen gegenüber Geflüchteten für völlig unverhältnismässig, und für eine überzogene Härte.

Wir fordern die verantwortlichen Stellen zur Aufhebung der Haftbefehle auf. Den Betroffenen raten wir dazu, alle ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel auszuschöpfen. Es wird gebeten, alle bekannten Fälle dem Bayerischen Flüchtlingsrat oder dem Migrationsbeirat München zu melden.

Wir fordern auch die Stadt München auf, sich für die betroffenen Geflüchteten einzusetzen. Der Grundsatz „**Arbeit und Ausbildung schützt vor Abschiebung**“ sollte durchgesetzt werden.

Es darf nicht sein, dass Geflüchtete in der Schule oder an ihrem Arbeitsplatz abgeschoben werden.

Zudem fordern wir aufgrund des aktuellen Lageberichts vom 31.05.2018 eine Neubewertung aller in den letzten Jahren abgelehnten Anträge von Asylsuchenden aus Afghanistan. Unabhängig von der Fragestellung der Verhältnismässigkeit der Abschiebevollzugsmaßnahmen lehnt der Migrationsbeirat Abschiebungen nach Afghanistan grundsätzlich ab. Aufgrund der anhaltenden schlechten Sicherheitslage besteht aus unserer Sicht grundsätzlich eine konkrete Gefahr für Leib und Leben.

**Der Migrationsbeirat besteht aus 40 nichtdeutsche oder eingebürgerte Münchnerinnen und Münchner stimmberechtigte Mitglieder des Migrationsbeirates. Sie vertreten ehrenamtlich die politischen Interessen von der ausländischen Bevölkerung. Der Migrationsbeirat engagiert sich öffentlich für die politische, rechtliche, soziale und kulturelle Gleichstellung von Deutschen und Nichtdeutschen. Der Migrationsbeirat hält intensiven Kontakt zu den im Migrationsbereich tätigen Vereinen, Gruppen und Initiativen in München. Da in dem Migrationsbeirat Mitglieder aus unterschiedlichsten politischen Listen und Nationen zusammenarbeiten, steht er auch modellhaft für Toleranz und Völkerverständigung.**